



Birgit Butter MdL

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
Stellvertretende Ausschussvorsitzende Inneres und Sport
Kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

Orange Day – und dann?

Butter fordert Taten statt Worte: Betroffene vor häuslicher Gewalt konsequenter schützen: Hilfsangebote ausweiten, elektronische Fußfessel ermöglichen und Täter härter bestrafen

Hannover/Landkreis Stade. „Der schockierende Fall von häuslicher Gewalt mit tödlichem Ausgang in meiner Heimatstadt Buxtehude zeigt einmal mehr als deutlich: Wir müssen endlich Maßnahmen schaffen, um Betroffene vor häuslicher Gewalt besser zu schützen und sie auf dem Weg aus schwierigen Lebenssituationen zu unterstützen“, fordert die Buxtehuder CDU-Landtagsabgeordnete und Innenpolitikerin Birgit Butter am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. „Der starke Anstieg an Delikten ist erschreckend und zeigt den dringenden Handlungsbedarf, nicht nur bei der Unterstützung von Opfern, auch die Täter müssen stärker ins Visier genommen werden“, so Butter weiter.

Der „Orange Day“ bzw. eine Aktionswoche mit Demonstrationen, Kundgebungen und orangefarbig beleuchteten öffentlichen Gebäuden als Zeichen gegen Gewalt an Frauen sei einerseits gut, um auf die erschreckenden Taten, die nahezu alltäglich geworden seien und auch in der Nachbarschaft passierten. Andererseits müsse hier die Politik schnellstmöglich agieren – Taten statt Worte, so Butter.

„Als Innenpolitikerin geht es mir neben Hilfsangeboten für die Frauen vorrangig darum, die Täter mehr ins Visier zu nehmen. Wir müssen den Einsatz von elektronischen Fußfesseln im niedersächsischen Polizeirecht verankern, um so einen konsequenten Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt schnell möglich zu machen. Denn auch wenn tatverdächtigen Personen gerichtliche Näherungs- und Kontaktverbote auferlegt werden, sind viele gefährdete Frauen immer noch nicht sicher. Denn immer häufiger werden die gerichtlich verhängten Auflagen missachtet und einfach ignoriert. Die bisherigen Maßnahmen wirken also nicht und die Betroffenen leiden weiter.

Wir brauchen – so habe ich es auch im Novemberplenium des Niedersächsischen Landtages gefordert - eine präventivpolizeiliche Befugnisnorm und zwar schnellstmöglich. Wir werden der Landesregierung gern behilflich sein, um die elektronische Fußfessel im Niedersächsischen Polizei – und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) zu verankern, um unserem Schutzauftrag gerecht zu werden. Ein besserer Schutz vor häuslicher Gewalt in Niedersachsen ist machbar!“, so die Landtagsabgeordnete.

Buxtehude, den 26.11.2024